

Mut zu Europa

Beschlossen auf dem 39. Landestag der Jungen Union Sachsen & Niederschlesien
am 16./17. April 2016 in Leipzig

Gegründet unter dem Eindruck zweier fataler Weltkriege, ist die Europäische Union heute weit mehr als ein Friedensprojekt: sie ist eine Werte-, Kultur- und Wirtschaftsgemeinschaft. Die Junge Union Sachsen und Niederschlesien bekennt sich daher klar zur Europäischen Union.

1. Gemeinsam sind wir stark

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts machte die Bevölkerung Europas fast 25% der Weltbevölkerung aus. Heute leben in Europa nur noch 10,1% der Weltbevölkerung, in Deutschland sogar nur noch 1,1%. Gleichzeitig sucht der Wohlstand Europas in der Welt seines Gleichen. Dieser Wohlstand wird jedoch immer öfter als eine Selbstverständlichkeit wahrgenommen. Er ist aber das Ergebnis eines starken Europas in einer globalisierten Welt. Gleichzeitig erleben wir, wie neue Nationen immer stärker auf die Bühne der internationalen Politik drängen. Länder wie Indien, China oder Brasilien sind dabei nur Beispiele. Wenn die Länder Europas nicht von dieser Bühne verdrängt werden wollen, müssen sie eng zusammenstehen und gemeinsam daran arbeiten ihren Einfluss in der Welt zu erhalten. Nur so besteht die Möglichkeit unsere Stellung in der Welt aber auch unseren Wohlstand zu erhalten. Im Alleingang werden die Nationalstaaten innerhalb der EU dies in einer globalisierten Welt nicht erreichen können. Dies zeigen aktuell die Flüchtlingskrise, die Bekämpfung des internationalen Terrorismus aber auch die Verhandlung mit den Vereinigten Staaten über das Freihandelsabkommen TTIP, zu der es ohne die EU nie gekommen wäre. Von einem starken und geschlossenen Europa profitieren am Ende alle Europäer. Wie erfolgreich das europäische Projekt ist wird auch durch Nachahmer wie die südamerikanische Gemeinschaft und auch der NAFTA deutlich. Die Junge Union Sachsen und Niederschlesien fordert daher ein noch stärkeres Bekenntnis der Mitgliedsstaaten zum Projekt der Europäischen Union.

2. Binnenmarkt stärken - Schengen weiterentwickeln

Eine zentrale Säule des europäischen Wohlstandes ist dabei der offene Binnenmarkt. Durch ihn wurden die meisten innergemeinschaftlichen Handelsbeschränkungen abgeschafft. Zölle und Grenzkontrollen gehören der Vergangenheit an. Auch der digitale Binnenmarkt soll in der ganzen Europäischen Union gestärkt werden. Durch den so geschaffenen schärferen Wettbewerb kommt es zu niedrigen Preisen sowie einer höheren Auswahl an Produkten. Der Binnenmarkt wird dabei durch die Freizügigkeit begünstigt. Es ist den europäischen Bürgern so möglich, ihren Wohnsitz innerhalb der EU frei zu wählen, in der gesamten EU zu arbeiten und Unternehmen und Geschäfte zu gründen. So entstanden in der EU 2,8 Millionen neue Arbeitsplätze.

Gerade dieser Binnenmarkt befindet sich jedoch durch die Grenzsicherungen einiger Staaten im Rahmen der Flüchtlingskrise in großer Gefahr. In ganz Europa werden Stimmen lauter, die die Ansicht vertreten, dass durch die Schließung der europäischen Binnengrenzen und der Wiedereinführung von Grenzkontrollen das Problem ausgesperrt werden könnte. Dabei wird nicht beachtet, welchen enormen Schlag das Ende des Binnenmarktes für die europäische Wirtschaft bedeuten würde. Wie aus einer Studie der Bertelsmann-Stiftung hervorgeht, würde die Wiedereinführung von nationalen Grenzen die europäischen Nationen bis 2025 470 Milliarden bis 1,4 Billionen Euro kosten. Deutschland hätte im selben Zeitraum mit einem Wachstumsverlust von 7,7 Milliarden Euro zu rechnen. Die Junge Union Sachsen und Niederschlesien steht daher klar für den Erhalt des europäischen Binnenmarktes. Gleichwohl sehen wir, dass es notwendig ist dieses System der offenen Grenzen den aktuellen Herausforderungen von Flüchtlingskrise, Terrorismus, Drogen- und Waffenschmuggels anzupassen.

3. Klare Kompetenzen der EU

Die Europäische Union muss sich wieder auf ihre Kernkompetenzen besinnen. Diese bestehen darin, den europäischen Staaten die Möglichkeiten zu bieten, den uns alle Betreffenden Herausforderungen gemeinsam entgegen zu treten. Dazu gehört jedoch nicht in die Souveränität der Mitglieder einzugreifen und diesen bis auf die untersten politischen Ebene Vorschriften aufzulegen. Dies führt zu einem zur Schaffung eines Bürokratiemonsters sowie zum anderen zum Missmut der Menschen, die durch das europäische Vorschriftendickicht zu

EU-Skeptikern werden. Wir fordern daher, dass sich die Europäische Union stärker als zuvor nach dem Prinzip der Subsidiarität richtet. Dafür sollten die einzelnen Mitglieder ihre eigenen rechtlichen Möglichkeiten mehr ausschöpfen, so dass auch unter den Mitgliedsstaaten eine stärkere Kontrolle stattfindet.

4. Europa konsolidieren

Die EU sieht sich vor vielen Problemen, von innen und von außen. Wir vertreten deshalb die Auffassung die Beitrittsverhandlungen mit Montenegro und Serbien zu stoppen. Die Vergangenheit hat uns gezeigt, welche Folgen es haben kann, wenn Europa zu schnell wächst. Bevor wir nicht zu einem Zustand der inneren Stabilität und Einigkeit zurückgekehrt sind, sollten keine weiteren Beitritte erfolgen.

Bezüglich eines Beitritts der Türkei unterstreichen wir die Beschlusslage der Jungen Union Deutschlands und sprechen uns gegen einen Beitritt der EU aus. Gerade die jüngsten Verletzungen von Menschen- und Frauenrechten sowie die Beschränkungen der Pressefreiheit unterstreichen unsere Position.

Weiter hoffen wir, dass Großbritannien sich in dem anstehenden Volksentscheid für einen Verbleib innerhalb der EU ausspricht. Ein starkes Europa braucht Großbritannien, sowie Großbritannien nur durch Europa seine Stärke behalten wird.

5. Europa der Solidarität

Mit Sorge betrachten wir, wie die Kritik an dem europäischen Gemeinschaftsprojekt in allen Mitgliedsstaaten immer lauter wird. Dies ist vor allem an den politischen Rändern, sowohl den linken als auch an den rechten, zu beobachten. Dort werden simple und nationale Lösungen propagiert, die den Eindruck erwecken lassen, die Krisen der Gegenwart ließen sich am besten durch nationale Alleingänge und ohne Hilfe der EU lösen.

Nach Finanz-, Banken- und Eurokrise ist es aktuell die Flüchtlingskrise, die Europa vor eine noch nie da gewesene Herausforderung stellt. Doch anstatt gemeinsam Lösungen zu finden und sich gemeinsam solidarisch zu zeigen, versuchen immer mehr Staaten durch nationale Maßnahmen der Situation Herr zu werden. Dabei wächst die Kritik an der Europäischen Union. Diese Kritik geht vor allem von den politischen Rändern aus, die durch das propagieren simpler und

nationaler Lösungen den Eindruck erwecken, die Nationalstaaten wären ohne die EU besser dran.

Es kommt zu Grenzschießungen, aber auch zu Grenzöffnungen und dem Durchwinken von Menschen in das nächste Nachbarland. Man beschuldigt sich gegenseitig des Versagens und versucht die Verantwortung von sich zu weisen. Wenn es darum geht die Flüchtlinge in Europa zu verteilen, weigern sich viele Nationen den von ihnen zugestimmten Beschlüssen Taten folgen zu lassen. Ende 2015 einigten sich die Staats- und Regierungschefs über die Verteilung von 160.000 Flüchtlingen. Bis zum 15. März 2016 wurden davon erst 937 Flüchtlinge verteilt. Dies stellt ein Armutszeugnis der Europäischen Union dar.

Die EU hat mit ihrer Glaubwürdigkeit zu kämpfen. Es entsteht der Eindruck, dass einige Staaten sich gerne hinter die europäische Idee stellen, solange dies für sie positive Folgen mit sich bringt. In dem Moment aber, indem sie selbst gefordert werden und Verantwortung übernehmen müssen, wollen sie von Europa nichts mehr wissen. Dabei vergessen sie, dass sie den Beschlüssen im europäischen Rat meist selbst zugestimmt haben. Geht es jedoch um finanzielle Unterstützung durch die EU, halten sie gerne die Hand auf und brüsten sich mit der Stärke Europas. Die Europäische Union ist jedoch keine Einbahnstraße, sie berechtigt und verpflichtet. Das bedeutet, dass man neben den wirtschaftlichen Vorteilen auch eine gewisse Solidarität mit seinen Partnern zeigen muss. Dafür ist man Mitglieder der EU, dafür hat man die europäischen Verträge unterschrieben.

Gerade in der aktuellen Flüchtlingskrise gilt dies mehr als jemals zuvor. Wir fordern daher, dass die Mitglieder die sich nicht an Verträge und Absprachen halten in Zukunft mit Sanktion bestraft werden sollten. Wir dürfen es dabei nicht zulassen, dass die Entwicklung Europas durch einzelne Staaten gehemmt wird. Wir fordern daher eine engere Zusammenarbeit zwischen den Staaten die sich klar zu Europa bekennen und sich für eine Stärkung der EU einsetzen. Von einem starken Europa profitieren letzten Endes alle Mitgliedsstaaten.